

Gedanken am Rande des "Radwechsels" : die verlorene Eigenständigkeit : klassenbewusst in die Opposition

Autor(en): **Wermuth, Cornelia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **65 (1986)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340401>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Klassenbewusst in die Opposition

Von Cornelia Wermuth

Mit Urteilen und Verurteilungen ist man bei der SP und den Gewerkschaften alleweil rasch zur Hand. Fatalerweise allerdings vor allem dann rasch zur Hand, wenn es darum geht, die eigenen Leute zu kritisieren, die Glaubwürdigkeit der eigenen Leute in Frage zu stellen, die Fähigkeit der eigenen Leute in Zweifel zu ziehen. Gegner und Gegnerinnen, so könnte man manchmal meinen, gibt's vor allem in den eigenen Reihen. Nun ist gegen Zweifel und Kritiklust nichts einzuwenden. Sie sind vielmehr nötig, wenn die Partei nicht zum unantastbaren Götzen verkommen soll. Wenn aber Kritik und Zweifel in Abwendung beziehungsweise Hinwendung zu anderen Bewegungen ausarten, ist zumindest die Frage erlaubt, warum dem so ist.

Es gab eine Zeit, da brauchte es in der Schweiz Mut, der SP anzugehören. Mut, weil man die «Roten» scheel anschaute, weil man auf die Sozis herabschaute, weil man sie verketzerte und verschrie, weil man sie an den Rand stellte, verlachte und verachtete. Seither sind einige Jahre ins Land gegangen und Sozialdemokraten gehören heute ins politische Bild der Schweiz, die SP hat sich zur Regierungspartei gemausert und gehört heute doch «dazu».

Eine Preisfrage

Hier stellt sich allerdings gleich die Frage, welchen Preis dieses «Dazugehören» gekostet hat, welchen Preis es immer noch kostet. Es hat, grob vereinfachend, den Preis der «Eigenständig-

keit», der Identität gekostet, denn Mitmachen beim schweizerischen politischen System heisst ganz klar auch immer: Absprachen treffen, Kompromisse schliessen, handeln, verhandeln und gehandelt werden.

Billig oder teuer?

Es liegt auf der Hand, dass dieser Preis, der über Jahre und Jahrzehnte bezahlt wurde, stets als wohlfeil bezeichnet wird, wenn Erfolge zu verzeichnen sind. Wahlsiege etwa bestärken fast jeden und jede in der Überzeugung, es habe sich halt doch gelohnt.

Und da die SP während Jahren etliche Erfolge verbuchen konnte, tauchte die Frage nach dem Preis, dem bezahlten, denn auch nicht zu oft auf. Hinzu kam, dass die Hochkonjunktur und die damit einhergehende Erwärmung des sozialen Klimas die Frage auch nicht vordringlich werden liessen.

Unbequem – bequem

In der Zwischenzeit hat sich das geändert. Die SP musste etliche Wahlniederlagen einstecken. Und das soziale Klima wurde kühler. Entscheidend ist aber wohl die Tatsache, dass der gesellschaftliche Wandel, der zuvor zwar nur ganz am Rande von der SP und den Gewerkschaften mitbestimmt worden war, aber wohl auch ihren Vorstellungen und Wünschen entsprochen hatte, dass dieser gesellschaftliche Wandel heute wieder zu einer Situation führt, in der die SP und

die Gewerkschaften in die Opposition gehen müssten. In die Opposition gehen müssten, weil die ökologische Herausforderung von den anderen kaum wahrgenommen wird. Aber auch in die Opposition gehen müsste, weil die heutige Zeit eine radikale Veränderung der Bildung und Ausbildung verlangt. Eine Veränderung, die von den anderen systematisch blockiert und abgeblockt wurde und wird. Eine lebenswerte Zukunft, in der man leben, wohnen, arbeiten und atmen kann, kann mit den bisherigen «Regierungspartnern» doch wohl nur schwerlich in der bisherigen Art und Weise der politischen Absprache erreicht werden.

Man sieht das und spricht denn auch gerne von der SP als «schampar unbequeme Opposition». Doch die Partei und die Gewerkschaften haben weitgehend verlernt, in der Opposition zu sein, haben es vielleicht gar nie gelernt. Der Preis nämlich, den das politische «Dazugehören» gekostet hat, diese eingangs zitierte verlorene Eigenständigkeit und Identität, hat auch das Selbstvertrauen und die Selbstsicherheit gekostet. Statt eigene Wege zumindest zu suchen, zumindest zu versuchen, lernte man auf den ausgetretenen bürgerlichen Pfaden wandeln. Man lernte eine Sitzung leiten, wie es sich «gehört», man lernte über Initiativen und Referenden kämpfen und den Arbeitsfrieden als oberstes Gebot hochhalten, und man lernte vor allem, den Gegner zu achten, ihm nachzueifern, ihn gleichsam als Vorbild zu sehen.

Achtung - vor wem?

Nun ist Achtung vor dem Gegner beileibe keine schlechte Eigenschaft an sich. Sie wird aber dazu, wenn man die Achtung vor dem Gegner und vom Gegner höher einstuft und einschätzt als die Achtung gegenüber dem Freund und vom Freund.

Dieses seltsame Phänomen ist eingetroffen, musste fast notwendigerweise eintreffen, denn jemand war und wurde man ja nur, wenn die Mehrheit - und das sind immer noch die anderen - auch der Meinung war, man sei jemand. Solche Achtung erringen heisst aber Wohlverhalten, heisst Anpassung, heisst vorab sich ausrichten auf bürgerliche Massstäbe.

Dieses Ausrichten hat meist zwei Dinge zur Folge: Erstens wird man in der eigenen Bewegung unglaubwürdig. Und zweitens wird die eigene Bewegung für einem selbst unglaubwürdig.

So hat man denn oftmals die höchst unschöne Lage, dass SP-Politiker und Politikerinnen, die etwas gelten, in der eigenen Bewegung nicht mehr so viel gelten und von dieser Bewegung auch nicht mehr sehr viel halten. Man braucht sie bloss noch. Gegenseitig!

Was jeweils zuerst eintrifft, kann hier nicht beantwortet werden. Dass es oft eintrifft, zeigt die Realität.

Es wäre nun schön, nach dieser Erklärung zu guter Letzt doch noch ein bisschen Hoffnung und Optimismus zu verströmen, gleichsam neue, hoffnungsträchtige Horizonte auszumalen. Doch so einfach ist es nicht. Das Selbstvertrauen, das man uns genommen und in ein entfremdetes Vertrauen gewandelt hat, kann man nicht aus dem Boden stampfen. Man müsste es vielmehr sorgfältig aufbauen, müsste die ganze Bildung und

Ausbildung ändern und verändern, um dann vielleicht der einst zu erkennen, dass Teilhaben an der Macht nicht wichtiger ist als der Kampf gegen die Ohnmacht des einzelnen.

Eigentlich hatte man sich das ein wenig von den 68ern erhofft. Von jenen Leuten, die aus dem Bürgertum heraus zu neuen Ufern aufgebrochen waren. Heute sind viele an die alten Strände zurückgespült worden. Andere wurden dermassen emporgespült, dass sie die neuen Ufer nicht mehr sehen. Und einige wurden auch so überspült, dass sie untergegangen sind. Also gar keine Hoffnung? - Doch, zumindest die Hoffnung, dass der gesellschaftliche Wandel bald einmal auch die Strukturen der anderen erschüttern wird. Und das ist zumindest etwas: Eine Herausforderung hin zu einer neuen Politik. Man müsste sie jetzt anpacken!

(Copyright by s'Rote Heftli)

Vom Umgang mit alten und neuen Medien

Einmischung ist dringend notwendig

Ein Diskussionsbeitrag von Linda Stibler

Soll man den Prognosen glauben, dann stehen wir erst am Beginn eines neuen Zeitalters, in dem die Information im Zentrum stehen soll. Wer also über mehr und bessere Informationen verfügt, wer gespeicherte Information in Arbeitsprozesse umwandeln kann, hat einen Vorsprung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik - und also auch mehr Macht.

In der Wirtschaft wird dieser Informationsvorsprung mit der Mikroelektronik gesucht. In der Politik verspricht man dank besserem Informationszugang bessere Problemlösungen (es bleibt einstweilen beim Versprechen!), aber man erhofft sich durch die

gezielte Anwendung der Medien auch mehr Einfluss. Gleichzeitig wächst das Unterhaltungs- und Informationsbedürfnis des Einzelnen in der Gesellschaft, das heisst es wird angeheizt durch ein ständig steigendes Angebot an sogenannten neuen Medien (durch Verkabelung und Satellitenübertragung erst möglich gewordene breite Auswahl von Fernsehsendern; Videoaufnahme- und -abspielgeräte, Teletex, Videotext usw.).

In den Gewerkschaften und in linken Parteien hat man sich mit dem anbrechenden Computerzeitalter sehr kritisch auseinandergesetzt und sich mit den neuen Medien schwergetan. Einmal

mehr musste man feststellen, dass neue Technologien eingeführt werden, ohne deren Konsequenzen abzuschätzen, geschweige denn zu überblicken. Nur eines ist gewiss: Sowohl die Computertechnik als auch die neuen Medien werden tiefgreifende gesellschaftspolitische Konsequenzen haben. Vor allem werden Arbeitsplätze zerstört, *bevor* neue geschaffen sind. Ob die neuen besser sein werden, steht noch keineswegs fest. Andererseits wird gesellschaftliches Verhalten verändert; die Menschen werden möglicherweise in neue Abhängigkeiten getrieben. Es ist dringend nötig, diese Kritik zu formulieren und zu versu-